

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 16. Dezember 2004

Gesch. Nr. 160/04

9.13 Finanzen Budget 2005

[...]

3. GESCHÄFT-NR. 160/04 Budget 2005

DISKUSSION IM RAT

Der RPK-Präsident André Buecheler eröffnet die Eintretensdebatte:

„Bevor ich mit dem Eintretensreferat beginne, möchte ich Charly Heuberger und Werner Mailänder danken für das kompetente Interview gegenüber dem Kiebitz von letzter Woche. Gemäss meinem Erachten wurde in diesem Interview der Sachlage entsprechend informiert, und für die heutige Diskussion einiges an Grundlagenwissen weitervermittelt.“

Zum Voranschlag:

Die Mitglieder der RPK haben die Zahlen zum Voranschlag 2005 geprüft und wo nötig mit den entsprechenden Stadträten und Ressortvorstehern Rücksprache gehalten. Hier ist auch der Dank von mir im Namen der RPK an alle, die bei der Erstellung des Voranschlages 2005 in irgendeiner Form mitgeholfen haben.

Zuerst betrachte ich die Aufwandseite.

Gegenüber der Rechnung 2003 ist der budgetierte Gesamtaufwand im Voranschlag 2005 mit einer Erhöhung von 1,2 Mio. vorangeschlagen. Gegenüber dem Voranschlag 2004 ist der budgetierte Gesamtaufwand 2005 um 1,6 Mio. kleiner.

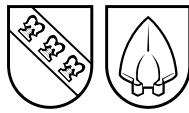
Wenn wir auf der stadträtlichen Weisung auf Seite 3 den Voranschlag 05 der laufenden Rechnung analysieren, dann erkennt man, dass der effektive Aufwand um 4,7 % steigt, dies entspricht 3,2 Mio. und die Einsparung im Aufwand 05 gegenüber Aufwand 04 im Bereich der Abschreibungen liegt.

Der Zusammenhang ist klar, im Zuge der Vorfinanzierungen der letzten Jahre wurde vor allem im Voranschlag 2004 die zusätzlichen Abschreibungen mit 9 Mio. budgetiert. Dieses Jahr sind zusätzliche Abschreibungen in der Höhe von 3 Mio. vorgesehen. D.h. die 6 Mio., die bei den zusätzlichen Abschreibungen weniger budgetiert wurden, sind hauptsächlich für die kleinere Aufwandssumme zum Budget 05 verantwortlich.

Es wurde wohl straff budgetiert wie dem Interview im Kiebitz entnommen werden konnte, aber der effektive Aufwand ist trotzdem gegenüber dem Voranschlag 2004 um die schon genannten 4,7 % oder 3,2 Mio. gestiegen.

Im Detail wie schon in der Weisung und im Abschied der RPK festgehalten, sind höhere Aufwendungen in folgenden Bereichen ausschlaggebend:

Personalaufwendungen (Stadtpolizei, Schule) 660'000
Sachaufwand (Diverses) 120'000
Beitrag KSW Winterthur 550'000
Ergänzungsleistungen 400'000
gesetzliche wirtschaftliche Hilfe 400'000
Sonderschulung Heime 240'000



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 16. Dezember 2004

Wenn wir nun unser Augenmerk auf die Ertragsseiten wenden, dann sehen wir folgende grössere Änderungen:

Die effektiven Erträge erhöhen sich um 5,8 % oder um 4,1 Mio. Wie kommt es dazu? Der 100 % Steuerfuss wurde um eine Mio. angehoben, dies um die zusätzlichen Steuereinnahmen durch die neu zugezogenen Einwohner aus dem Jahre 2004, die nun im Jahre 2005 in Illnau Effretikon steuerpflichtig werden zu budgetieren. Die aufgrund des angenommenen neuen 115 % Steuerfusses höheren Steuererträge aus dem höheren 100 % Steuerfuss ergeben dann die zusätzlichen Steuereinnahmen in der Höhe von ca. 1,7 Mio. Auch der Steuerkraftausgleich wurde mit einer halben Mio. höher veranschlagt, neu auf 4,5 Mio.

Die Steuerkraft der Einwohner von Illnau Effretikon liegt in den letzten Jahren um die 70 % gegenüber dem Kantonalen Steuerkraft Mittel. Aus diesem Grund und auf der Tatsache, dass 2004 ein Finanzkraftausgleich von 5,2 Mio. erwartet wird, ist es sicher richtig im Voranschlag den erwarteten Finanzkraftausgleichsbetrag auf 4,5 Mio. anzusetzen.

Die Allgemeinen Erträge steigen um 1,8 Mio.

Diese Erträge werden noch um eine Entnahme aus der Vorfinanzierung ergänzt.

Der Stadtrat sieht vor, im Zuge der fortgeschrittenen Erstellung der vorfinanzierten Hochbauten neu knapp 7 Mio. aus der Vorfinanzierung zu entnehmen. Mit diesen Massnahmen gelingt es den Aufwandüberschuss auf moderaten 5,8 Mio. zu halten (gegenüber 14,9 Mio. aus dem Voranschlag 2004 eine Veränderung um 60%). Dieser Aufwandüberschuss wird dem Eigenkapital entnommen.

Nur um auch hier wieder auf das Interview im Kiebitz zurückzukommen: Das Eigenkapital ist nicht der Barbetrag, der bei unserem Finanzverwalter im Tresor schlummert, das Eigenkapital ist eine buchhalterische Grösse als Instrument der Finanzverwaltung in der öffentlichen Hand.

Nun zu den erwähnenswerten Details.

Im Personalaufwand ist eine Erhöhung von 2,7 % oder 663'000 vorgesehen. Davon sind für Saläransparungen inkl. Schule 285'000 vorgesehen. Der Löwenanteil oder 400'000 gehen zulasten der neuen Stadtpolizei. Es gibt noch die kleineren Beträge betreffend Pensumsanpassungen im Altersheim und die Personalkosten für das Projekt geleitete Schulen mit Total 110'000.

Wichtig ist auch zu erwähnen, dass im Personalaufwand Einsparungen erzielt wurden:

Es konnten durch Neubesetzungen von offenen Stellen zu tieferen Lohnkosten und im Schulgesundheitsdienst total 130'000 bei den Personalaufwendungen eingespart werden.

Zu erwähnen ist auch, dass die Personalaufwendungen für die Schaffung der Intake Stelle und der damit verbundenen Pensumserhöhungen bereits im Budget enthalten sind. Ich hoffe, dass durch diese Stelle die angenommenen Verbesserungen im Bereich der Sozialhilfe wahrgenommen werden können, ob und wie dies einen Einfluss auf die Kosten hat, werden wir dann der Rechnung 05/06 entnehmen können.

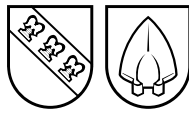
Im Sachaufwand konnte dank der straffen Budgetierung der Wert vom Voranschlag 2004 knapp gehalten werden. Es ist mit einer Abweichung von 0,8 % oder 122'000 zu rechnen, wobei dieser Betrag bei einem Volumen von 14,5 Mio. aus meiner Sicht in der Streubandbreite liegt.

Betriebs und Defizitbeiträge

Hier haben wir es mit einem Anstieg um 2,5 Mio. oder 13 % zu tun. Was ist passiert? Hier sind es vor allem die gestiegenen Sozialkosten, die hier zu Buche schlagen. Diese Beträge sind gemäss geltendem Recht von der Gemeinde zu bezahlen. Und somit auch nicht oder nur wenig beeinflussbar. Da es auch einige Änderungen im Bereich der Kantonalen Subventionsregelungen gab, muss mit höheren Aufwendungen gerechnet werden.

Nach der Gliederung nach Kostenarten nun noch kurz ein Blick aus der Sicht der Institutionellen Gliederung. Hier betrachte ich vor allem den Nettoaufwand oder den Nettoertrag.

Präsidialamt: knapp unter dem Voranschlag von 2004.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 16. Dezember 2004

Finanzamt: Nettoertrag um 11 Mio. höher als im Voranschlag 2004, diese Zahl muss um die 9 Mio. tieferen Abschreibungen und dem erhöhten 100 % Steuerertrag bereinigt angesehen werden.

Schulamt: Netto Aufwendungen knapp unter denen vom Voranschlag 2004.

Bauamt: Netto-Aufwand auch knapp unter dem vom Voranschlag 2004.

Werkamt: Leicht höherer Aufwand gegenüber dem Voranschlag 2004 in der Höhe von 70'000 begründet vor allem durch folgende Punkte (Spezialfinanzierungen nicht berücksichtigt): Korrekturen beim Winterdienst und dem Unterhalt von Maschinen und Fahrzeugen aufgrund der neuen Durchschnittszahlen + 45'000 und Ersatz defekter Strassenbeleuchtungen +25'000. Die anderen Abweichungen heben sich grösstenteils auf und sind eher fremdbestimmt, also durch das Werkamt nicht sehr gross beeinflussbar. Zu erwähnen ist sicher, dass Einsparungen beim Wechsel der Wasseruhren vorgesehen sind. Diese sollen nun durch eigenes Personal durchgeführt werden was immerhin eine Einsparung von 50'000 ausmacht.

Wichtig zu wissen ist auch, dass das Werkamt gegenüber dem Voranschlag 2004 die ordentlichen Abschreibungen um 141'000 erhöhen musste, neu auf 354'000.

In Anbetracht der Verschiebungen kann aber trotz des höheren Netto-Aufwandes gesagt werden, dass die beeinflussbaren Kosten auch hier straff budgetiert wurden.

Auch das Jugend- und Sportamt kann den Nettoaufwand auf dem Niveau vom Voranschlag 2004 halten.

Das Polizeiamt hat einen Anstieg beim Netto Aufwand um knapp 400'000, dies ist vor allem auf die Einführung der Stadtpolizei zurückzuführen und vor allem auf die höheren Akonto-Zahlungen an den ZVV. Hier ist anzumerken, dass die Stadt Illnau Effretikon dank Überschüssen im letzten Jahr in den Genuss von reduzierten Akontozahlungen gekommen ist. Da nun die Überschüsse aufgebraucht sind, erhöht sich der Beitrag an den ZVV für Illnau-Effretikon um 345'000.

Beim Gesundheitsamt steigt der Nettoaufwand um ziemlich genau 550'000 was genau der Summe entspricht, die neu als Subvention an das KSW gezahlt werden muss.

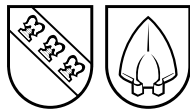
Beim Sozialamt erhöht sich der Netto-Aufwand um 850'000, dies vor allem aus den bereits genannten Gründen wie Neuorganisation Intake-Stelle, zusätzliche 30 %-Stelle aufgrund der gestiegenen Fallzahlen, und zu den grössten Teilen Zusatzleistungen zur AHV/IV und gesetzliche Wirtschaftliche Hilfe.

Zur Investitionsrechnung:

Aufgrund der Diskussion in der RPK haben wir ein Hauptaugenmerk auf die Investitionsrechnung gehalten. Die Laufende Rechnung wird vor allem durch die Abschreibungen aus den Investitionen beeinflusst. Auch die Beschaffung der finanziellen Mittel zur Deckung der Investitionen beeinflusst im Kapitaldienst die Laufende Rechnung.

Grosse Neuigkeiten hat es in der Investitionsrechnung betreffend der Projekte nicht gegeben, vor allem sind die Summen angepasst worden, was damit zu begründen ist, dass mit fortlaufendem Projektfortschritt auch die Kostengenauigkeit zugenommen hat. Zu erwähnen ist auch, dass neu ein Betrag von 4,5 Mio. in die Planung aufgenommen wurde, um das bestehende Altersheim im Zuge der geplanten Erweiterung sanieren zu können.

Bei der Investitionsrechnung sind seitens der RPK folgende Anträge im Abschied gestellt worden: Gemäss Auslegung der gebundenen Ausgaben nach Thalmann Seite 411 Artikel 121 Absatz 4.2.2.3 ist die RPK zum Schluss gekommen, dass für die Sanierungen der Wasser und Abwasserleitungen im Bereich Bahnhofstrasse ein Antrag an den GGR gemacht werden sollte, da offensichtlich keine gebundene Ausgabe vorliegt. Aus Sicht der RPK soll diese Sanierung mit der Planung der Umgestaltung der Bahnhofstrasse zusammengelegt werden.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 16. Dezember 2004

Beim Versickerungsbecken Nauen war im Voranschlag 2001 ein S- für die Vorlage eines Antrages an den GGR vorgesehen. Im Abschied zum Budget 2002 wurde gemäss Antrag der RPK dieser Investitionskredit auch wieder mit einem S- für einen Antrag an den GGR belegt. Es hat sich eigentlich nichts geändert und wir möchten auch hier darauf hinweisen, dass gemäss Thalmann Seite 411 Artikel 121 Absatz 4.2.2.3 auch hier eine Vorlage an den GGR nötig ist.

Bei der Sanierung des Schwimmbades Bisikon will die RPK den politischen Entscheid, dass diese Ausgabe getätigt werden soll, obwohl in kürzester Entfernung Millionen von öffentlichen Geldern in die Renovation und Sanierung des Eselriet-Zentrums investiert wurde.

Zum Steuerfuss:

Die RPK war sich beim Steuerfuss nur in einer Beziehung einig, nämlich, dass dieser mindestens entsprechend dem Kantonalen Mittel von 113 % angesetzt werden soll.

Die Diskussionen endeten wie im Abschied ersichtlich in einem Mehrheitsantrag und einem Minderheitsantrag seitens der RPK betreffend den Steuerfuss.

Die Finanzplanung für die Jahre 2006 bis 2010 wurde zur Kenntnis genommen.

Die RPK weist darauf hin, dass in Anbetracht der finanziellen Entwicklung in Bezug auf die Ausführung der verschiedenen Grossprojekte bei der Vergabe von Kreditbewilligungen und bei der Bewilligung von neuen Dienstleistungen, die von der Stadt erbracht werden sollen, eine gewisse Zurückhaltung angebracht ist.

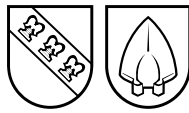
In Anbetracht der Vorlage eines Mehrheits- und Minderheitsantrages der RPK zum Thema Steuerfuss beantragt die RPK Eintreten auf die Beratung des Voranschlages 2005. Die RPK beantragt die Änderungen der Kredite in der Investitionsrechnung gemäss Antrag im Abschied auf S-Budget.“

Kurt Balmer vertritt den Mehrheitsantrag der RPK: Heute geben wir 12 Mio. in die Vorfinanzierung des Altersheims. 70 % wurde also schon erarbeitet. Die Konjunkturprognosen sind nicht schlecht, man spricht von Wachstum. Also könnte auch ein Steuerwachstum erwartet werden. Heute ist es noch nicht nötig, den Steuerfuss extrem anzuheben, es reicht das Kantonale Mittel. Die RPK-Mehrheit und die FDP-Fraktion erachten eine Erhöhung auf 115 % als nicht nötig.

Samuel Wuest vertritt den Minderheitsantrag: Ein Steuerfuss von 113 % ist nicht möglich. Der Stadtrat hat eine Strategie und weiss, weshalb er 115 % beantragt. Schulhaus, Kindergarten, Altersheim, alles muss in Stand gehalten werden. Investitionen sind das Eine, die Laufende Rechnung ist das Andere. Es gibt an einigen Orten Mehrkosten oder Mindereinnahmen. Das macht insgesamt zehn Steuerprozent aus. Der Stadtrat braucht jetzt nur eine Erhöhung um 3 % und hat so seine Aufgabe gut gelöst. Wir brauchen eine möglichst ausgeglichene Rechnung, wir dürfen nicht schon heute Schulden machen. Wenn die Leistungen der Stadt dieselben bleiben sollen, dann brauchen wir dieses Geld. Ein Abbau findet meist bei den Schwächsten statt. Eintreten ja, Steuerfuss 115 %.

Hansruedi Wespi erklärt, dass die SVP-Fraktion alles intensiv angeschaut hat. Der Stadtrat versucht zum dritten Mal den Steuerfuss über das kantonale Mittel zu heben. Ein Vergleich zeigt, dass das Bauamt zu Einsparungen bestrebt ist. Wir wollen ein ausgeglichenes Budget mit einem Steuerfuss auf dem kantonalen Mittel. Der Aufwandüberschuss wird höher, sofern wir keine Einsparungen treffen. Die SVP hat eine Liste mit 35 möglichen Sparpunkten zusammengestellt, welche sie gerne dem Stadtrat übergibt. Die Fraktion unterstützt die Festsetzung des Steuerfusses auf 113 % und ist für Eintreten.

Christian Deuschle SP bemängelt, dass der Abschied der RPK formell nicht stimmt. Die RPK hat ihre Arbeit nicht gut gemacht. Es fragt sich, weshalb wir eine solche RPK haben? Trotz Fehler und Unterlassungen



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 16. Dezember 2004

diskutieren wir heute zur Sache. Der Stadtrat hat sich mit dem Budget Mühe gegeben. Wir haben geringere Schwankungen wie andere vergleichbare Gemeinden im Kanton. Bei einer weiteren Verschuldung müssen auch wir bald den Steuerfuss stärker heben. Die Bevölkerung möchte den hohen Standard beibehalten. Wir müssen die Vernunft walten lassen und das Budget und den Steuerfuss so genehmigen, wie der Stadtrat beantragt. Eintreten ist unbestritten.

Rainer Hugener von der Grünen Fraktion überlegt sich, was von unserer Bevölkerung erwartet wird. Was wollen wir mittel, kurz und langfristig erreichen? Wo sind wir abhängig von übergeordneten Beschlüssen? Was ist eine nachhaltige Finanzpolitik? Müssen wir in der Kommissionsarbeit genauer schauen? Setzen wir den Steuerfuss bei 113 % fest, dann machen wir Schulden und müssen Projekte streichen. Oder schliessen wir das Sportzentrum? Dort können wir einsparen. Wir wollen nicht immer die Kleinen unterbinden. Die Fraktion ist für eintreten und für einen Steuerfuss von 115 %.

RPK-Präsident André Büecheler ist auf den Abschied der RPK zum Budget nicht stolz. Dieser entsprach nicht der Form. Er hat jedoch zuerst mit jedem Mitglied persönlich am Telefon gesprochen, dann den Abschied ergänzt und dann nochmals allen per E-Mail verschickt. Entschuldigt sich für den Fehler.

Markus Hürzeler erteilt Lob und Anerkennung an die Verwaltung und die Finanzverwaltung. Eigentlich müsste um 9 Steuerprocente erhöht werden, aber dank der guten Budgetierung ist dies nicht nötig. Die CVP-Fraktion spricht sich für das vorgelegte Budget aus mit einem Steuerfuss von 115 %.

Stadtrat Charly Heuberger dankt dem Stadtrat und dem Grossen Gemeinderat sowie der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Wir haben gegenüber dem Budget vom letzten Jahr 3 Mio. Mehrausgaben. Der Friedhof, die Stadtpolizei, das Jugendhaus in Illnau, die Schulsozialarbeit, die Erweiterung des Parkplatzes unter dem Effimärt, das sind alles Projekte, welche zu den 3 Mio. dazukommen. Wie wollen wir das alles finanzieren? Der Stadtrat ist für eine langfristige Finanzpolitik verantwortlich, der Grosse Gemeinderat ist es auch. Künftig muss der Stadtrat noch mehr Zurückhaltung üben wenn Gesuche um Beiträge an die Stadt kommen. Trotz der eigentlichen Erhöhung von 10 % beantragt der Stadtrat nur eine um 3 %. Dies kann man verantworten.

Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten. Es folgt abschnittsweise die Detailberatung anhand der institutionellen Gliederung.

Kontogruppe 40, Bauamt:

Esther Hildebrand: Externe Beratungskosten, wo sind diese Aufwendungen verbucht?

Stadtrat Reinhard Fürst: Unter der Baupolizei und der Raumplanung.

Kontogruppe 70, Gesundheitsamt:

Stadtrat Kurt Brüngger: Nicht budgetiert sind Sockelbeiträge für Leistungen an Halbprivat- und Privatversicherte. Diesen Anteil von rund 500'000 müssen wir künftig übernehmen (Anteil 2005: ca. 60%).

Kontogruppe 90, Jugend- und Sportamt:

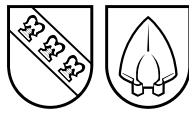
Esther Hildebrand: Konto 904.3650.20 Beitrag Tagesfamilienverein. Es sind 70'000 budgetiert. Warum ist der Betrag tiefer wie in den Vorjahren?

Stadträtin Amanda Rüegg: Die Betreuungsverhältnisse sind gestiegen. Mit dem Finanzierungsmodell wurde generell eingeführt, dass Ortsansässige unterstützt werden. Lindau hat den Beitrag gemäss ihrem Anteil erhöht.

Es folgt die Detailberatung der Investitionsrechnung:

Präsidialamt:

André Bättig: Geschäftskontrolle Archiv, was ist da gemeint?



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 16. Dezember 2004

Stadtpräsident Martin Graf: Wir haben bis heute flächendeckend in der Gesamtverwaltung kein System für eine Geschäftskontrolle und Pendenzenliste. So ein System wird nun evaluiert und wenn möglich eingeführt.

Werkamt:

André Büecheler: Konto 560.5013.10, Leitungsersatz Bahnhofstrasse: Gemäss Antrag RPK als S-Budget bezeichnen.

Stadtrat Reto Lardi: Bis Ende Jahr muss das Projekt zur Genehmigung dem Kanton eingereicht werden, damit dieses subventioniert wird.

Stadtschreiber Kurt Eichenberger: Gebundenheit liegt dann vor, wenn es keinen erheblichen Entscheidungsspielraum in zeitlicher örtlicher und sachlicher Hinsicht gibt.

André Büecheler zieht nach diesen Ausführungen den Antrag zurück und sieht das Projekt als gebunden. Aufgrund derselben Gegebenheiten zieht er auch den Antrag zu Konto 571.5011.06 zurück.

Konto 571.5011.01 Versickerungsbecken Nauen:

Stadtrat Reto Lardi: Hier haben wir Handlungsspielraum. Das Projekt wird demzufolge dem GGR vorgelegt.

Sozialamt:

Beat Brüngger: Konto 631.5031.00 Wohnrauminvestitionen Asylbewerber, was ist da gemeint?

Stadtrat Kurt Brüngger: Im Sommer lag die Aufnahmequote von Asylbewerbern bei 0,9 % der Wohnbevölkerung, also bei 135 Asylbewerbern. Das ist mehr als gewohnt. Wir hätten eine neue Unterkunft zur Verfügung stellen und bauliche Massnahmen treffen müssen. Nun ist die Quote wieder bei 0,7 %.

Demzufolge werden wir die budgetierten 50'000 nicht brauchen, ausgenommen, der Kanton erhöht die Quote erneut.

Jugend- und Sportamt:

André Büecheler: Konto 905.5014.01 Sanierung Schwimmbad Bisikon: als S-Budget bezeichnen.

Stadträtin Amanda Rüegg: Ist damit einverstanden, das Projekt wird dem Grossen Gemeinderat unterbreitet.

ABSTIMMUNG:

Der Voranschlag 2005 wird vom Rat einstimmig mit den obgenannten Änderungen der beiden S-Budgets genehmigt.

Diskussion zum Steuerfuss:

ABSTIMMUNG:

Der Antrag des Stadtrates (115 %) erhält 18 Stimmen.

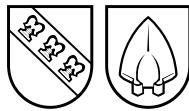
Der Mehrheitsantrag der RPK (113 %) erhält 17 Stimmen.

Der Steuerfuss für das Jahr 2005 wird mit 18 : 17 Stimmen auf 115 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Diskussion zum Finanzplan:

Keine erwünscht.

Vom Finanzplan 2006/10 wird einstimmig Kenntnis genommen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 16. Dezember 2004

ABSTIMMUNG

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 2 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Der Voranschlag 2005 über die Aufwendungen und Erträge in der laufenden Rechnung sowie der Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens wird wie folgt genehmigt:

-Laufende Rechnung	Aufwand	Fr. 87'790'400.-
	Ertrag	Fr. 81'904'600.-
- Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben	Fr. 19'082'000.-
	Einnahmen	Fr. 1'664'000.-
-Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben	Fr. 40'000.-
	Einnahmen	Fr. -.-

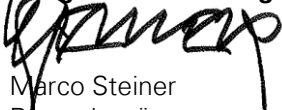
Konto Nr. 571.5011.01 Versickerungsbecken Nauen: Dieses Konto wird als S Budget und nicht als gebundene Ausgabe geführt.

Konto Nr. 905.5014.01 Sanierung Schwimmbad Bisikon: Dieses Konto wird als S Budget und nicht als gebundene Ausgabe geführt.

2. Der Steuerfuss für das Jahr 2005 wird auf 115 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
3. Der Aufwandüberschuss der laufenden Rechnung von Fr. 5'885'800.—wird dem Eigenkapital entnommen.
4. Gemäss § 8 Ziffer 2 der Gemeindeordnung ist gegen diesen Beschluss das Referendum ausgeschlossen.
5. Vom Finanzplan 2006/10 wird Kenntnis genommen.
6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a) den Stadtrat, zweifach,
 - b) die Finanzverwaltung, dreifach.

Beschluss erfolgte mit grossem Mehr.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll


Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 17.12.2004
ms